

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44, Fernruf 1047. Erscheint von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postdirektion: C 2933 101/19.



Schriftleitung: Halle (Saale), Burg 42-44, Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Zeugungspreis: Drei Baud monatl. 1,75 M., vierteljährl. 5,25 M., durch die Post bezogen monatl. 1,75 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Einzelgenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Zeilenumbrüche, anschließend an den dreispaltigen Zeiterteil.

Der Verkehrrstreik.

Abstimmung unter den Eisenbahnern.

Berlin, 2. Juli. (W. T. V.) Das endgültige Ergebnis aus den Abstimmungen der Eisenbahner steht noch nicht fest, da die Teilergebnisse aus den Hauptstädten noch fast alle fehlen. Eine kleine Besserung der Lage ist infolgedessen eingetreten, als eine Anzahl von Arbeitern in die Werkstätten zurückgekehrt ist. Es scheint Aussicht vorhanden zu sein, daß der Verkehr morgen in größerem Umfange wieder aufgenommen werden kann.

Die Streiklage in Berlin.

Die Streikleitung der Aufständigen bei dem Groß-Berliner Verkehrrunternehmungen beschäftigt folgende:

„In unseren am 19. Mai eingeleiteten Forderungen verlangten wir, daß das jetzt bestehende Lohnprivilegium bis zum 30. Sept. aufrechterhalten bleiben sollte. Für Wagenwäscher, Managierer und Bodenarbeiter sollte der Tageslohn auf 16 M. und für Schaffnerinnen auf 15 M. erhöht werden. Außerdem verlangten wir für fährliche Gruppen eine einmalige Werklohnzulage von 700 Mark sowie die Regelung des Urlaubs. Der Urlaub sollte im ersten Jahre 7, im dritten Jahre auf 10, vom fünften Jahre 14, vom achten Jahre 18 und nach zehn Jahren 21 Tage betragen. Wir verlangten weiter, daß alle Inzinsen bis zum 27. Juni über unsere Forderungen entschieden haben müssen.“

Zur Begründung unserer Forderungen führen wir an, daß nach Beitritt der Eisenbahner zum Reich ein Gewinn von zwölf Millionen Mark in den letzten sechs Monaten erzielt hat. Unsere Forderungen würden aber nur die Summe von 10,9 Millionen betragen, so daß an einer Besserung des Lohnniveaus nicht zu denken ist. Der Kampf wird von unserer Seite auf die lokale Ebene geführt. Die Gewerkschaften werden von uns bewacht; die Postarbeiten werden weiter ausgesetzt. Wir betonen ausdrücklich, daß unser Streik ein rein wirtschaftlicher ist und daß nirgends politische oder kommunistische Bestrebungen vorhanden sind. Neue Forderungen sind von uns noch nicht gestellt worden.“

Berlin, 2. Juli. (W. T. V.) Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgelehnt habe, in den Berliner Verkehrrstreik vermittelnd einzugreifen. Es erkläre in diesem einen unentwerflichen Vertragsbruch, da der am 6. Juni 1919 zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossene Tarifvertrag bestimme, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sowie einem unparteiischen Obmann bestehenden Schlichtungsausschuss übertragen werden soll.

Die Ausschüsse für die Beilegung des Berliner Straßenbahnstreiks sind in ungewisse Fernen gerückt, nachdem einerseits die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn nicht geneigt ist, weitere Konzessionen zu machen und andererseits die ausländischen Angestellten auf ihren Forderungen beharren.

Streik der Frankfurter Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 2. Juli. (W. T. V.) Eine von 10000 Eisenbahnarbeitern beschlossene Verammlung beschloß heute nachmittags, von morgen früh 6 Uhr an den Streik zu erklären, der sich zunächst nur in bauliche Werkstätten äußern soll. Ein Vertreter der Eisenbahnbeamten, dessen Rund ein Flugblatt gegen den Streik herausgegeben hat, warnte vor Streikrisiko. Er ist deshalb nicht gewillt, als die Eisenbahnbeamten sich dem Streik anschließen werden.

Das „Belastungsmaterial“ gegen Emonts.

Berlin, 2. Juli. (W. T. V.) Zu dem Belastungsmaterial, das zur Verhüllung Emonts gefügt hat, gehört ein Brief, den Emonts am 18. April 1919 geschrieben hat. Neuherr beschränkt sich bei dem letzten Absätze des Briefes. Sie sind ein einseitiges Zeugnis Emonts, daß Emonts die Bankbeamtenbewegung nur als Mittel zur Durchföhrung des von ihm für das ganze Reich geplanten kommunistischen Aufstandes benutzt hat. In einem Briefe heißt es unter anderem: „Ich vermittele seitens der kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation des Generalstreiks der Bankangestellten. Gerade bei diesem Streik mußte und muß meines Grades und umbehi die Möglichkeit vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen.“

Das also ist angeblich das „Belastungsmaterial“, das die „sozialistische“ Regierung mit Mühe und Not durch ihre Spitze gegen den Führer der Bankbeamten zusammengebracht hat. Wenn schon ausreicht, um Emonts als „Vordermann“ zu bezeichnen, was wird dann erst der Offiziersstande geschehen, die in Aufzügen und Hundebungen aller Art ganz offen zum Luge der Regierung aufhorchen! Oder haben etwa die reaktionären Herrschaften einen „Preisbrief für Spionnage“?

Die Streikbewegung im Auslande.

Paris, 2. Juli. Entgegen den bisherigen Meldungen über die Beilegung des französischen Bergarbeiter- und Grubenarbeiterstreiks, daß der Streik der Grubenarbeiter die Fortsetzung des Streiks beschloßen hat.

Amsterdam, 2. Juli. (W. T. V.) Telegramm meldet aus London, daß die Lage in der Sammlungsaktion in Danaburg wieder beheblich geworden ist. Die Sommerarbeiten bei ihren ursprünglichen Forderungen nach einer 40%igen Lohnsteigerung und Leben des Streiks fort. Daraus hat auch die Weber kritisch gesprochen.

Die Streikbewegung in Ost-Preußen greift laut W. T. weiter um sich. Es streiken die Arbeiter der großen Dampferwerke in Rastow und Lignitz; ferner die Metallarbeiter und Bau- und Holzarbeiter; auch das Transportgewerbe streikt und sämtliche Arbeiter der Maschinenfabriken, Spinnereien und Webereien im Oberlauf.

Zur Ratifizierung des Friedens.

Eine Note an Clemenceau.

Berlin, 2. Juli. (W. T. V.) Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht:

„Der Präsident!“

Auf die Note vom 28. 6. betreffend die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen, vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren, verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifizierung erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft anfangs der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der delegierenden Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zulage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßte, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnten Nachrichten vorliegen, auch mit der Vermittlung der deutschen Delegierten an ihren Häusern begonnen wird.

Gemüßigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

W. Müller, Reichsminister des Auswärtigen.“

Der „Wilsonfrieden“ und der amerikanische Senat.

Wern, 2. Juli. (W. T. V.) Wie die Neue Korrespondenz aus Washington meldet, haben amerikanische Reichstagsmitglieder eine Unterredung mit Wilson, aus der hervorgeht, daß dieser auf vollständige Ratifizierung des Vertrages, und des Völkervertrages bestehen will. Wilson sei bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung sei jedoch der Ansicht, daß die Mehrheit des Senats abschließen sei, Vorbehalte zu machen. Nach Ansicht der Republikaner wird das Verhalten Wilsons die entgegengesetzte Wirkung haben. Mehrere Senatoren, die ausgetreten des Völkervertrages getrennt hätten, wenn dieser Emonts vom Vertrag getrennt würde, werden dagegen stimmen, weil er im Vertrage einbezogen sei. Wieder andere seien der Meinung, daß die Weigerung von Japan feindlich gelte. Senator Leebe glaubt ernsthaft, die Weigerung werde durch eine genügende Anzahl von Stimmen vertreten sein. Die Anhänger Wilsons versichern, daß die durch den Präsidenten angebotene Einseitigkeit, es dürfte kein Kompromiß geschlossen werden, den besten Erfolg gestützt hat.

Eine „Ministerkandidatenliste“ der U. S. P.

Mit welchem Eifer, mit welcher Begeisterung die Arbeiter und Arbeiterinnen sich für die Kampfbanner der U. S. P. betrauen, das ist in immer größeren Massen sich zu verwendenden Bevölkerung abgesehen, waren vergebens. Die so sehr beliebten politischen Reden wurden nicht ohne Widerspruch gegen die U. S. P. geföhrt. Und in der Tat merkte sich alles voll Eifer, die Arbeiterinnen nicht nur der U. S. P., sondern in den Bombenwerken und ihren Feind Verbänden. Doch ein höherer Kraft ist noch geblieben. Das sind die von Egan, Spigel und Wörberzentrale im Einzelteil unangelegt unter der Diktatur souveräner Willkür unternommenen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Durch sie ist den Arbeitern die U. S. P. in die Hände gefallen, die nun als besonders hässliche Mine zur vollständigen Verformierung dieser verbotenen Partei erwartungsvoll losgelassen wird. Man glaubt, damit politisch unbededeten Gemütern „beweisen“ zu können, daß sich die Ungehörigen und Kommunisten die Verhaftung und Verteilung aller wichtigen Stellen innerhalb der Regierung, stützen ihren unabweislichen Behauptungen und Ausstellungen, sehr angelegen sein ließen. Aber, o Pech! Diese Mine erweist sich als ein im Wasser gelassener Windhänger, der zwar ein großes Loch in die Luft reißt und einige Wünsche freier ein Himmel sehen, sonst aber nicht das geringste Unheil anrichten kann, um so mehr, als das, nach der schändlichsten Schmelze hier der aufstrebenden Welt mittelf, schon vor etwa drei Wochen die Kunde durch die Parteipresse machte:

Die Parteiführung der U. S. P. hat im Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern der Parteigenossen in den Arbeiterräten eine Reihe von Kommissionen eingesetzt, die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben des Sozialismus. Solche Kommissionen sind gebildet für Verfassung, Verwaltung, Rechtspflege, Finanzen, Sozialisierung und andere Gebiete.

Aus diesen Kommissionen macht Schmähschmelz „Ministerien“, und sein blinder Eifer läßt es gar nicht einmal in sein Bewußtsein eingehen, daß er mit der solchermaßen vorgelegten Kommission eines Ministeriums für Verfassung und Wahlrecht die Unfähigkeit der Refer, einer unmöglichen Verfassung unterwirft. Schon hierin, aber auch in der beschriebenen Tatsache, daß die meisten der hier unfeindlich zu Ministerkandidaten „erhöhen“ Senatoren habenbreit gleich mit mehreren „Parteiführern“ im Zusammenhang mit der bürgerlichen Presse arbeitet, wenn es gilt, dem politischen Gegner ein anzunehmen.

Gewaltfriede und Sozialismus.

Von Daniel Renault (Paris).

Die Humanität vom 24. Juni bringt den nachstehenden Briefartikel, den wir wiedergeben, weil er die weitgehende Ueberzeugung, die wir in unserer Aufsatzsammlung mit denen der französischen Partei beweis und zeigt, daß der Zustand, der Friebe müsse unterworfen werden, auch von unseren französischen Genossen geteilt wurde.

Die deutsche Regierung hat sich darin gefügt, den Frieden zu unterzeichnen.

Wir freuen uns dieses Beschlusses, um der Menschheit, um Frankreich, aber auch um die deutsche Volk zu willen. Die Verweigerung der Unterschrift bedeutete die Verlängerung des Kriegszustandes für unser erschöpftes Land und für unsere Verbündeten; sie bedeutete für alle Völker während neuer Monate alle moralischen und materiellen Lebel, die seit fünf Jahren der Kriegszustand dem Menschengeschlecht auferlegt.

Die Verweigerung der Demobilisierung, der Ermang des Belagerungszustandes und der Senzur, eine neue Bestrafung unseres sonstigen Lebens und eine neue Explosion der nationalpolitischen Brut, das wäre mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unser Gewinn gewesen.

Was Deutschland betrifft, so konnte es, entwohnen, ohne Verleumdungsmöglichkeiten, von einem nutzlosen Widerstand nur die Verdoppelung des Elends, die Verhäufung der infamen Wladode, die Trauen und Kinder mordet, erwarten, um zuletzt die Eitern im Staube, doch noch viel härtere Bedingungen annehmen zu müssen.

Alle guten Franzosen, alle Menschen, die noch dieses Namens würdig sind, müssen deshalb diesen Tag als eine Befreiung begrüßen, der im nächsten Monat des Waffenstillstandes und endlich die Hoffnung bringt, daß der fürchterliche Kreis sich schließen wird.

Aber an diesem feierlichen Tage, an dem wir den Frieden begrüßen, würden wir unsere Pflicht als Sozialisten, als Republikaner, die den großen Liebesleistungen unserer Geschichte — und darauf legen wir Wert — treu gelieben sind, als Franzosen, die um die Zukunft besorgt sind und um die Ehre unseres Landes, wir würden diese unsere Pflicht verlegen, wenn wir nicht verstanden, daß wir nie und niemals die Bedingungen dieses Friedens akzeptieren, daß wir sie mit all unserer Kraft verwerfen, weil sie ebenso ungerecht als den Interessen Frankreichs entgegengelegt sind.

Es ist eine gütliche und gefähliche Verböpfung, dem Krieg, den man einen Krieg des Rechts genannt hat, einen Abschluß der Gewalt und der Unbill zu geben.

Die Völker glauben — und das französische Volk mehr als alle anderen — den großen Verprechungen, durch die man während vierzehnjährigen Jahren den Mut der Kämpfenden aufrechterhalten hat. Sie hatte insbesondere den Worten des Präsidenten Wilson vertraut, der ebenso, ja noch mehr als der preußische Imperialismus der Vögelte zu hoch ist.

Genüß, die Sozialisten wußten auf Grund ihrer Lehre, die sich stets bewährte und den wachsenden Wirklichkeiten stets überlegen war, daß die kapitalistische Gesellschaft keine vollständige Ordnung und Brüderlichkeit zwischen den Nationen schaffen konnte. Sie wußten, daß der Klassenkampf zur unabweislichen Folge den Krieg der miteinander rivalisierenden Staaten hat, die in jeder Nation nichts anderes find als die organisierte Macht der herrschenden Klassen. Aber man konnte sich nicht an die Möglichkeit erheben, das hätte doch wenigstens damit rechnen müssen, daß die Führer der kapitalistischen Staaten der Entente, wenn sie sich schon weigerten, auf die Stimme ihres Völkerrats zu hören, wenigstens auf die Stimme des großen Völkergesetzes hören würden, durch dessen Eingreifen es ihnen verweigert war, den Krieg zu gewinnen.

Aber es war nichts damit: Die Wilsonschen Anbahnungen führten zu keinem praktischen Resultat. Der Frieden, den man dem deutschen Volke auferlegt, ist ein Frieden der Gewalt, der Friede Dismards, und das einzige Recht, das hier triumphiert, ist das Faustrecht. Wir haben hier täglich über die Anbahnungen, die das Saarbeiden, die Beherrschung Deutschlands, den Raub der deutschen Kolonien, die Verhängnisvolle Atomomische Weltkriebe erfahren, das hätte doch wenigstens damit rechnen müssen, daß die Führer der kapitalistischen Staaten der Entente, wenn sie sich schon weigerten, auf die Stimme ihres Völkerrats zu hören, wenigstens auf die Stimme des großen Völkergesetzes hören würden, durch dessen Eingreifen es ihnen verweigert war, den Krieg zu gewinnen.

Der Friede, den unsere Regierungen dem deutschen Volke auferlegen, ist ein Friede, den Wilhelm II. dem französischen Volke auferlegt hätte, wenn das Kriegsgelöbte anders entschieden hätte.

Wir behaupten, daß dieser Friede, gerade weil er ungerecht ist, Gefahren für Frankreich birgt. Zunächst hängt er fährlich über dem Kopf gegen unser Land. Er verdrängt jenseits des Rheins auf furchtbare die Nachgebenden. Er bringt die Bevölkerung unserer verwitweten Gebiete um die Wiedergutmachung, die in vernünftigen Grenzen leicht und sofort durchzuführen gewesen wäre. Er legt uns schließlich die Bürde der hunderttausend militärischen Besatzung auf, sowie die Notwendigkeit einer längeren Besatzung, unter denen wir zusammenbrechen.

Rein, dieser Friede, der gleichwohl gebührend und ungerührt ist, ist nicht der unsere, nicht der des französischen Volkes und seiner heilsehenden Soldaten. Die Sozialistische Partei unseres Landes wird das mit lauter Stimme sagen, sie wird die Verantwortung für die Geschichte abzeichnen, was bis im Jahre 1871 Welt und die Welt nicht der Welt

Dienheit als Rechtsanwalt für die Vertretung des Reichsrats ge-
 nügen soll. Die Anträge, die Anmerkungfrage durch besonderes Gesetz
 zu regeln, lehnen wir ab.
 Abg. v. Bilde (Dn.): Auch wir lehnen die Wahl der Richter
 durch das Volk ab und sind grundsätzlich gegen jede Vollziehung
 der Reichsliste.
 Abg. Dr. Rosenfeld (L.S.): Wir bleiben dem Ersten
 Programm treu. Die Justiz ist heute ein politisches Kampfinstrument
 gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. (Lachen.) In dem Prozess
 gegen die Arbeiter-Vereine zeigt sich der ganze Tiefstand unserer
 Rechtspflege.
 Justizminister Dr. Ammann erklärt, daß im Falle Mabel
 die Justizverwaltung keine Schuld treffe.
 Abg. v. Heber-Gesford (D.W.): fordert ein modernes Straf-
 vollstreckung sowie den Ausbau der Jugendfürsorge. Redner be-
 klagt die Schuldlosigkeit und die unbilligen Strafmittel und ver-
 langt die Abschaffung der Gefängnisse gegen umfassende Besserungs-
 Anstalten.
 Nach Erledigung des Etats der Justizverwaltung verläßt sie
 das Haus.
 Nächste Sitzung: Donnerstag, 1. Mrz. (Keine Vorlagen, Etat
 der Handels- und Gewerbeverwaltung.) — Schluß 6 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Der schließliche Antrag betr. Aufhebung des gegen den Abg.
 v. Bilde gerichteten Strafverfahrens wird dem Geschäftsrats-
 ausschuss übergeben.
 Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Verfassungsentwurfs.

Abg. Kaufmann (Dn.) führt als Vorsitzender des Ver-
 fassungsausschusses an, daß das vorliegende Verfassungsentwurf
 im wesentlichen den Anforderungen genügt. Der Verfassungsentwurf
 ist äußerlich gründlich beraten worden, unter anderem sind
 nicht weniger als 500 Abstimmlinien notwendig gewesen. Alle
 Parteien haben mitgewirkt, und ihr Verstand ist schöpferischer Arbeit
 geleistet. (Beifall.)
 Abg. Dr. Cohn (L.S.) begründet einen Antrag seiner Partei,
 die Worte der Heber-Gesford'schen „Verfassung des Deutschen Reiches“ zu
 ersetzen durch „Verfassung der deutschen Republik“. Redner tritt
 lebhaft für den Einheitsentwurf ein.
 Verfassungsentwurf Dr. v. Bilde: Das deutsche Reich eine
 Republik ist, kommt in der Verfassung ausdrücklich zum Ausdruck.
 Das unterer gegen geschichtlichen Entwicklung müßten sich die
 deutschen Einheitsbestrebungen an das Wort „Deutsches Reich“.
 Wir würden sehr erhebliche Werte nationalen Einheitsgefühls
 vergeblich und zurücklassen, wenn wir den Namen „Reich“ be-
 zücheln wollten. Weitere Fortschritte müssen wir der natürlichen
 Entwicklung überlassen. (Beifall.)
 Abg. Dr. v. Bilde (Dn.): Das Deutsche Reich besteht weiter,
 wenn es auch kein Kaiserreich mehr ist. Für mich bedeutet die Er-
 wählung vollständig aus, daß das Ausland an der Bezeichnung
 „Deutsches Reich“ Anstoß nehmen könnte. Wir sprechen in auch
 von einem Reich und wissen, daß es eine Republik ist. Ich
 lasse mir den Stolz auf das Deutsche Reich nicht nehmen. (Leb-
 hafter Beifall.)
 Abg. Dr. v. Bilde (Dn.): Der Frage, ob es in der Heber-Gesford'schen
 heißen soll „Deutsches Reich“ oder „Deutsche Republik“ meinen mir
 keine große Bedeutung. Wir sprechen in auch von einem Reich
 und wissen, daß es eine Republik ist. Ich lasse mir den Stolz auf
 das Deutsche Reich nicht nehmen. (Lebhafter Beifall.)
 Der Antrag Dr. Cohn wird abgelehnt. Ohne Debatte
 wird die Entlassung angenommen.
 In Artikel 1 (Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staats-
 gewalt geht vom Volke aus) bemerkt
 Abg. Dr. v. Bilde (Dn.): Für uns bedeutet dieser
 Artikel den Abschied von einer großen Vergangenheit. Wir sind
 bereit, uns für die Unabhängigkeit der Monarchie zu erklären.
 (Lebhafter Beifall rechts.) Wir halten die demokratische Monarchie,
 wie sie sich vor der Revolution anzubahnen begann, für eine

unvermeidliche Staatsform für Deutschland, als die tabulose Repu-
 blik. (Beifall.) Ich bin nicht auf dem Boden der neuen Aufgaben
 mit Gleichwohl und einer Politik der Unbilligkeit. (Lebhafter
 Beifall.) Wir wünschen auch der Regierung die
 Möglichkeit zu raschen und mutigen Entschlüssen. Wenn sie ihre
 Möglichkeit jetzt noch besitzen will, kann nur das Volk entscheiden.
 (Große Ausrufe links.) (Lachen.) Es lebe der neue Krieg!
 (Beifall.) Es gelinge, unter Vaterland auf eine Höhe zu führen, die uns vor
 erneuten Schrecknissen bewahrt. (Lebhafter Beifall rechts.) — Zu-
 rufe links: So spricht ein Schlußwort!

Anwachen ist ein Antrag der Unabhängigen ein-
 gegangenen Artikel 1 wie folgt zu fassen: „Die deutsche Repu-
 blik ist ein Einheitsstaat.“
 Minister des Innern Dr. David: Auch für die Partei des
 Vordemokratie ist die in der Verfassung ausgesprochene Freiheit,
 die Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf, das
 ist die große Grundmaxime im Gegensatz zum alten System.
 Wenn die Herren (nach rechts) verstanden wollten, ihre gegen die
 Republik gerichtete Auffassung auf dem Wege der Gewalt durch-
 zusetzen, so werden sie finden, wie stark und kraftvoll die Republik
 beibringt ist. (Lebhafter Zustimmung links.) — Widerspruch rechts
 und Mitte: Generalstimm! Auch der Generalstimm hat die repu-
 blikanische Verfassung nicht unangenehm empfunden, und wird sie
 auch aller Voraussicht nach nicht umwerfen. Die deutsche Republik
 hat eine banterotte Firma übernehmen müssen, die deutsche Repu-
 blik wird das deutsche Volk wieder emporkommen aus dem tiefen
 Sturz, in dem es durch das alte System gebracht worden ist, und
 dann soll uns die neue Verfassung gute Dienste leisten. (Beifall.)

Abg. v. Bilde (D.W.) setzt sich mit aller Entschiedenheit für die
 Pläne des Reichs ein. Vor allem verleihe der Verfassungsentwurf
 gegen unsere nationale Würde. Unter Schwarz-Weiß-Not
 seien unsere Heiden gefallen. Die Haltung vor ihnen und die
 Selbsthaltung verlangen, daß wir diese Fahne hochhalten. (Beifall
 rechts.)

Abg. v. Bilde (Dn.): In der Schwarz-Weiß-Not haben
 wir das Symbol der Vaterlandsliebe. Darum ist sie uns
 ein nationales Reliquium.
 Abg. v. Bilde (Dn.): Die überwiegende Mehrheit meiner
 Fraktion wird für die Beibehaltung der alten Fahne stimmen.
 Schwarz-Weiß-Not ist für uns das Symbol der Volkstreu und
 der Volkstreue Deutschlands. Deshalb stimmen wir gegen
 den Verfassungsentwurf.
 Abg. Dr. Cohn (L.S.): Die Beibehaltung von Schwarz-Weiß-
 Not würde eine schwere Proklamation gegen die überwiegende Mehr-
 heit des Volkes sein.
 Abg. v. Bilde (Dn.): Für die Demokraten ist Schwarz-
 Weiß-Not die Farbe, die sie von jeder gefärbt hat.
 Abg. Dr. Cohn (Dn.): Im Auftrag der Winderheit
 meiner Fraktion trete ich für Schwarz-Weiß-Not ein, die für uns
 die Farbe Groß-Deutschlands sein wird.
 Die Abstimmung soll morgen vorgenommen werden.

Aus der Partei.

Aus der verurteilten Vorwärts.

Mitglied ist vom Reichsgericht ein Urteil bestätigt worden, wonach
 den ehemaligen Vorwärts-Redakteuren Baumig, Leib-
 Dohn, Stadthagen, Ströbel und Wieselb ihre zu
 Unrecht gegebene Entlassung und Gehaltsauszahlung zuerkannt
 wurde. Zur Sache selbst wollen wir unsere Leser erinnern, daß
 während der Kriegszeit — 1916 — eine recht rasche Folge des
 Parteivorstands gegen genannte Genossen einsetzte. Das an-
 geführte Oberkommando ließ genehmigt mit Verbot des Vorwärts
 und machte sein Wiedererheben von einer anderen Redaktions-
 besetzung abhängig. Der Parteivorstand bestellte Hermann Müller
 als Leiter, und es dauerte nicht lange, bis es zu Differenzen
 in der Redaktion kam. Müller, der die Zeit kaum erwarten
 konnte, schickte darauf selbstständig den Redakteuren Leib, Stadthagen
 und Ströbel die Entlassung ins Haus. Die anderen drei
 Genannten erklärten sich infolgedessen, nur auf die Luft
 gesetzt wurden. All das spielte sich in direktem Widerspruch zur
 Parteikommission ab. Zunächst hatte nur der Parteivorstand und
 die Parteikommission Anteilnahme und Entlassungsrecht. Auf Grund
 dieser Tatsache klagten die Genannten auf Bestätigung des Eigen-

humsrechtes und Rückzahlung des Gehaltes. Und selbst eine länger-
 e Berichtbarkeit konnte nicht anders, als ihnen das Recht zu-
 sprechen. Dieses Urteil vom Reichsgericht gefällte Urteil ge-
 nügt den Herren nicht und sie gingen nach bis zum Reichsgericht,
 um sich ihre Weisung zu holen.

Aus den Gerichtssälen.

Mordprozess Klüber.

Reinhold Verbandsrat. Der Verteidiger des Angeklagten Klüber,
 Justizrat v. Trola, ermahnte die Geschworenen, das alte juristische
 Grundsatz einzuhalten zu sein, wenn ein Zweifel besteht, dann
 zugunsten des Angeklagten entscheiden werde. Der Angeklagte hätte
 nicht bloß Objekt der Verurteilung sein. Die Geschworenen sollten
 nicht bloß auf die Verurteilung gehen. Es sei nicht ein Verstoß
 da, der Richter habe stehen lassen. Nach der Beweisführung konnte
 nicht ein Zweifel über die Schuld sein. Auch als Mordverbrechen
 er nicht in Frage, Richter habe im Zweifel gehandelt. Durch
 den Einmarsch der Landesjäger sei die politische
 Leidenschaft der Bevölkerung auf höchste ge-
 steigert. Solange es Revolutionsperioden gebe,
 seien solche Ausbrüche von politischer Leidenschaft
 zu erwarten. Wo der herrliche Instinkt handle, könne
 nicht mehr von Überlegung gesprochen werden. Bei Richter habe
 nur Instinkt im Betracht. Auch hoffe er auf Zustimmung mildernder
 Umstände. — Rechtsanwalt v. Trola empfahl den Geschworenen,
 bei Annahme der Frage des Mordes, wie auch des anderen
 Landverbrechens zu verurteilen. Im Falle der Verurteilung bitte
 er, Junquam mildernde Umstände nicht zu verlangen. Die Beweismittel
 würden sehr gering. Auch beständen Zweifel an der
 Glaubwürdigkeit des einzigen Zeugen. Deshalb sei für Landverbrechens-
 strafe kein Raum. — Rechtsanwalt v. Trola erklärte, daß bei Mord
 einander Landverbrechens nicht begünstigt werde. Der Angeklagte
 sei das Opfer der Hungerplage. Wie früher die Wunden der
 religiösen Missetaten verfallen waren, so heute dem politischen Genozid.
 Er bitte das Delikt des früheren Landverbrechens zu ver-
 nehmen, sonst aber mildernde Umstände zu billigen. Rechts-
 anwalt Simon sprach den Wunsch aus, den Angeklagten Jun-
 quam wegen einfachen Landverbrechens zu bestrafen. Rechtsanwalt
 v. Trola, der für Klüber sprach, benutzte den Gerichtsakt zu einer
 ungläubigen Geyrede. Er bezeichnete die Tat als Unstille
 politischer Leidenschaft. Auch Wilhelm Tell müßte als politischer
 Mordmörder angesehen werden. Schuld an der letzten Mord-
 that triffen Frage die jahreszeitliche Vererbung der
 Massen durch die Führer! Die Verurteilung seien unvernünftig
 zu machen. Ein Volksgesicht müsse über diese Taten kommen.
 Ein Volksgesicht sei aber kein Volksgesicht. (Sehr richtig! Beifall.)
 Die verurteilten Söhne unserer Väter müßten von diesem Gesichtsbild
 aus beurteilt werden. Er bitte daher, den Fehler nur wegen einfachen
 Landverbrechens zu bestrafen. Die andere Frage aber zu verurteilen.
 Rechtsanwalt v. Trola hat die Geschworenen bei dem Angeklagten
 Kels die Frage nach schwerem Landverbrechens zu verurteilen, aber
 die Verurteilung wegen einfacher Körperverletzung anzunehmen unter
 Zustimmung mildernden Umstände.
 Die Frage der Geschworenen, ob Klüber zu dem Reichsgericht
 gehörte, wurde vom Vorwissen bejaht und vom Staatsanwalt dahin
 erweitert, daß Klüber als Nachkriegsmitglied des Kriegsmilitärs
 sich der Expedition Marsch nach Halle freiwillig angeschlossen hatte.
 Der Staatsanwalt v. Trola annahm trat den Verteidiger entgegen.
 Nach ihm müßten die Angeklagten, die an dem schließlichen Mord
 teil hatten, ebenfalls straflos ausgehen. Das würde Reichs-
 empfinden des Volkes würde sich dagegen emporheben. Er lehne
 eine Parallele zwischen 1914 und jetzt ab. Er verurteile dann
 das Entlassungsmaterial der Verurteilung zu entziehen.
 Der Erste Staatsanwalt sprach dann über die Glaubwürdigkeit der
 Zeugen und die Frage nach mildernden Umständen. Der letzte Zeuge
 hat nicht nur ein Strafverfahren ausgesprochen. Das würde Reichs-
 empfinden des Volkes würde sich dagegen emporheben. Er lehne
 eine Parallele zwischen 1914 und jetzt ab. Er verurteile dann
 das Entlassungsmaterial der Verurteilung zu entziehen.
 Der Erste Staatsanwalt sprach dann über die Glaubwürdigkeit der
 Zeugen und die Frage nach mildernden Umständen. Der letzte Zeuge
 hat nicht nur ein Strafverfahren ausgesprochen. Das würde Reichs-
 empfinden des Volkes würde sich dagegen emporheben. Er lehne
 eine Parallele zwischen 1914 und jetzt ab. Er verurteile dann
 das Entlassungsmaterial der Verurteilung zu entziehen.

Die Verteidiger erwiderten dann der Staatsanwaltschaft. Justizrat
 v. Trola wandte sich sofort gegen die Auffassung des Staatsanwaltes,
 daß Klüber nicht in Haft genommen habe. Er bitte die Geschworenen
 nicht um das Leben Klübers, sondern er fordere es.
 Das Urteil dürfte heute in den Mittagsstunden gefällt werden.

Preiswerte Angebote

in allen Abteilungen unseres Geschäftshauses.

Handtücher	Stück 48 Pf.	Damen-Bekleidung		Wasch-Krettonnes	8 25
Wischtücher	Stück 35 Pf.	Sommer-Blusen weiß und farbig	Stück 22 50 18 75 12 75	80 cm breit, Meter 9 85	
Monteur-Jacken und -Hosen	Stück 3 75	Sport-Jacken in farbig	Stück 49 75 43 50 32 50	Schleierstoffe	8 75
Hausschürzen ohne Lats	Stück 1 55	Wasch-Röcke in weiß und hellfarbig	Stück 42 50 29 50 26 50	Meter 10 50 9 50	
Hausschürzen mit Tragen	Stück 2 90	Sommer-Kleider in weiß und farbig	Stück 98 49 75 33 75	Wasch-Krappons	16 75
Knabenschürzen	Stück 98 88	Seldene Paletots und Mäntel	Stück 225 00 195 00 145 00	Meter	
Männerschürzen	Stück 2 75	Damen-Rostüme in farbig	Stück 145 00 119 50 79 50	Schleierstoffe	11 50
Mädchen-Schürzen	Stück 5 48 3 25	Blumenbuketts		weiß, bestickt Meter	
Damen-Unterröcke	Stück 12 50	in vielen Farben	18 Pf.	Wasch-Voiles	16 50
		Stück 58 28	18 Pf.	einfarbig u. gemust., Mtr. 24 75 21 50	
				Blusen-Kragen	75 Pf.
				moderne Formen Stück 2 00 1 75	
				Damen-Handschuhe	2 15
				Durchbruchmuster, mit 2 Druckkn.	
				schwarz u. farbig Paar 2 50	
				Damen-Handschuhe	90 Pf.
				Seide, 22-30 cm, o. Ping., Paar 1 75 1 25	
				Hemdenpasser	1 98
				Madeira-Stickerei Stück 8 75 2 26	

Die Besichtigung unserer Schaufenster ist sehr lohnend.

J. Lewin

Halle a. d. Saale, Marktplatz 2 und 3.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. Sept. 4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen und Weizen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 4. Juli 1919. Für jede Verion eines...

Ämtlicher Verkauf von Örringen in der Talamtschule, am Freitag, den 4. Juli 1919. Ingeheim zum Einkauf werden die Inhaber der...

Ter Verkauf von Quert erfolgt am Freitag, den 4. Juli 1919 auf dem Abschnitt 18 der einmündigen Kunden bei dem Richter...

Ämtlicher Verkauf von Roggfein- und Roggweizenmehl...

in der Talamtschule, an diesem Sonntage, bei der letzten Verteilung von Roggfein- und Roggweizenmehl nach nicht befriedigter worden sind...

Verordnung über Zulander. Auf Grund der §§ 12 und 15 Abs. 3 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Preisverteilung vom 26. September 1915...

Die Inhaber von Wirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zehnermarken und zwar die Geschäftsinhaber mit...

Dem Magistrat der Stadt Halle sind größere Mengen leichter ungarischer Kattun zugehoben worden. Derselben Weinbindungen, welche den Verkauf des Weines an das Publikum übernehmen...

Keine Wanze mehr. In der Zeit vom 7. bis 12. Juli d. J. werden in den anhängigen Wochenmärkten den den für die Ausgabe der Wertpapiere, schließlichen Tage nur Grundbesitzgüter auszugeben...

Transport kleine Schafstämme zum Verkauf.

Mode-Zeitungen.

Volksbuchhandlung.

Ämtlicher Verkauf von Roggfein- und Roggweizenmehl...

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Halle a. S. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ (Kolonnade): Außerordentliche Generalversammlung.

Metallarbeiter-Verband, Verwaltung, Halle a. S. Sonnabend, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Volkspark. Branchenversammlung der Elektromonteur.

Sozialdemokr. Verein Nebra. U. S. P. D. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im „Schäfershaus“: Mitglieder-Versammlung.

Möztlich und Umg. Öffentliche Versammlung. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.). Eilenburg. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Kuckles.

Glückwünsche. Kosak. Staubfreier Ofenglang. Bild eines Mannes mit einem Koffer.

Oberpollinger. Neue Kapelle. Täglich Konzert des Oester. eich. Damen-Orchesters „Hanstein“.

Bratwurst glöckle-Variété. Die vorzüglichsten neuen Künstler: Paul Jahr, das Unikum.

Zum letzten Dreier. Großes Geldpreis-Skaten. Es ladet ein Karl Langbein.

Distrikt Büschdorf-Reideburg. U. S. P. D. Sonntag, den 6. Juli, in der Nahtgall zu Burg.

Großes Partei-Sommerfest. bestehend aus Konzert u. Kinderbelustigungen. Abends: Ball u. Ueberraschungen.

Arbeiter-Radfahrerverein Frisch auf, Merseburg. Sonntag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im „Thüringer Hof“.

Tanzkränzchen. Fabrikarbeiter-Verband Zahnstelle Merseburg. Sonntag, den 5. Juli 1919, abends 6 Uhr, in Tivoli.

Gem. U. Unterhaltungsabend Tanzkränzchen. verbunden mit Fröhlichkeit ladet ein Die Lokalverwaltung.

Kleiner Schweizerling, Wettin. Sonntag, 4. Juli, von nachm. 8 Uhr an: Große Ballmusik.

Seebad Wansleben. Zu dem am Montag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn F. Ehrhart begeben.

Tanzkursus. werden Anmeldungen fortgesetzt entgegengenommen. A. Moldawa und Frau.

Für Brautleute! Volk. Schafstämme. pol. neu, mit guten Auflegematerialien u. sehr bei Frommann, Eichen, Merseburgerstr. 112, i. z.

Abhilfe sofort! Alter u. Besch. Lager. Ankauf von... 12-14 Uhr, im Saal des Herrn F. Ehrhart.

Deutschnationale Plakaterei.

Ein neues Dokument über die eigenen Schande lieferten die abendlichen Krieger- und Soldatenblätter... Die Arbeiterklasse, können die Deutscher, wird eben und jämmerlich ausgenutzt...

Die abendlichen Plakaterei tritt ihr Stilleffekt, wenn sie schreiben: 'Das deutsche Volk wurde verraten (1), Schindler und Schand... und erweckt...'

Wer trägt die Schuld an den hohen Kirchengeldern?

Wenn man den Streit um die Einzahlung der Kirchengelder verfolgt, könnte man fast zu der Ansicht kommen, daß eigentlich niemand daran schuld sei...

Walden. Stadtbürgerordenbestimmung.

Am 27. Juni anberaumte Sitzung umfaßte 52 Punkte der Tagesordnung, weshalb auch nach dem 28. Juni die Verhandlungen fortgesetzt wurden...

Torgau. Postkassenarbeiten auf Mühlbeeren.

Als der Stadtbürgerorden am Sonntagabend über den neuen Walden... nach dem Walden... nach dem Walden...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war... Die Plakaterei war...

Deutschnationale Bildungszelle.

Der Forderung nach Hebung der durch den furibunden Weltkrieg so arg in Mitleidenhaftigkeit gezogenen Volksschule...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

Walden. Mittelbeverklärung vom U. S. B.

Am 27. Juni im Kolonnenhof. Genosse Koch erwidert Bericht über die Kreisversammlung... die Kreisversammlung...

